

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Auffrischtes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Besatz Betriebsführung Streif ulm erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Hauptspalte Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Hauptspalte Restspalte 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbeangebote unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 144

Dienstag, den 6. Dezember 1932

34. Jahrg.

Beschluß.

Die von den hiesigen Körperschaften zu Kemberg (Bez. Halle) für das Rechnungsjahr 1932 beschlossene Erhebung eines Zuschlages von 20 % zur Gewerbesteuer für **Zweistellen** wird hierdurch genehmigt.

Merseburg, den 23. November 1932.

Der Bezirksauschuß zu Merseburg.

93. Dr. Knoll.

Veröffentlicht:

Kemberg, den 1. Dezember 1932.

174]

Der Magistrat.

Steuerkarten-Ausgabe.

Mittwoch, den 7. Dezember (vormittags, sind die Steuerkarten für 1933 im Magistratsbüro abzugeben.

Kemberg, den 2. Dezember 1932.

173]

Der Magistrat.

Das neue Kabinett

Berlin, 5. Dezember.

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsminister General der Infanterie a. D. von Schleicher zum Reichsminister ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt. Reichsminister von Schleicher ist gleichzeitig für die Geltungsbauer der Verordnung vom 20. 7. 1932 zum Reichsminister für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichspräsidenten ernannte der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Braack zum Reichsminister des Innern,

den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichsminister für den Freiwilligen Arbeitsdienst Geh. Regierungsrat Dr. Srup zum Reichsarbeitsminister;

ferner bestellte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichspräsidenten den Reichsminister Freiherr von Neudorf in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen,

den Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk als Reichsminister der Finanzen,

den Reichsminister Dr. Gürtner als Reichsminister der Justiz,

den Reichsminister Freiherr von Eick-Rübenauch als Reichs- und Reichsverkehrsminister,

den Reichsminister Dr. Warmbold als Reichswirtschaftsminister,

den Reichsminister Freiherr von Braun als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,

sowie den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Außerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages Landrat a. D. Dr. Gericke zum Reichsminister für Arbeitsbeschaffung.

Die Veröffentlichung über die Ernennung des neuen Kabinetts hat sich länger als erwartet hinausgezogen. Der Grund dieser Verzögerung lag darin, daß Reichspräsident von Schleicher von vornherein die Einheitlichkeit der Wirtschaft- und Agrarpolitik sicherstellen wollte. Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold und Reichsernährungsminister Freiherr von Braun nahmen daher miteinander Fühlung, um sich über die Grundlinien der Wirtschaftspolitik des neuen Kabinetts auszusprechen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Verhandlungen waren denn auch in emer ersten, auch vom Rundfunk verbreiteten Mitteilung über die Ernennung des Kabinetts beide Ministerien noch offen. Inzwischen ist dann, wie man aus der Wiederbetätigung beider Minister schließen kann, die Verhandlung geclückt.

Im übrigen enthält die amtliche Mitteilung einige bemerkenswerte Einzelheiten. Da ist zunächst die Nuance zu unterstreichen, daß Reichspräsident von Schleicher nicht zum Reichswirtschaftsminister ernannt worden, bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt worden ist. Der Reichspräsident hat die von ihm gewählte Form für die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums offenbar vor allem deshalb vorgezogen, weil er Wert darauf legt, die Führung der Reichswirtschaft möglichst, von der Politik frei zu halten, in die General von Schleicher als Chef des Kabinetts natürlich stärker hineingezogen ist. Die „Beauftragung bis auf weiteres“ des Reichspräsidenten über die vorläufige Leitung des Reichswirtschaftsministeriums in vorläufiger Übertragung des Reichswirtschaftsministeriums ist ebenfalls ein Zeichen für die absehbare Zeit freilich erwartet man in interrichtlichen Kreisen noch keine Veränderung für das Wirtschaftsministerium.

Serner ist in der amtlichen Mitteilung interessant, daß

die Bestellung des neuen Reichsfinanziers zum Reichsminister für das Land Preußen mit dem Vermerk versehen wird, „für die Dauer der Verordnung vom 20. 7. 1932“. Darin kommt wohl zum Ausdruck, daß diese Verordnung keineswegs etwas Ewiges und Unabänderliches ist.

Sie hat ja von vornherein auch mehr eine Art Uebergangscharakter gehabt. Im ganzen läßt sich also nach dem oben Gesagten feststellen, daß das neue Kabinett in erster Linie auf die Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben abgestellt ist, und die innenpolitischen Dinge, die in den letzten Monaten zu scharfen Kämpfen geführt haben, dahinter zurücktreten.

Die starke Betonung der wirtschaftlichen Aufgaben kommt übrigens auch in der Schöpfung des Amtes eines Reichsministers für Arbeitsbeschaffung zum Ausdruck.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Wiederernennung des bisherigen Außenministers der Wille zur Kontinuität der Außenpolitik erkennbar ist. In der Tat ist die Fortführung der bisherigen Außenpolitik ja aus den ganzen Zusammenhängen heraus auch nur natürlich.

Reichsarbeitsminister Dr. Srup

Der neue Reichsarbeitsminister Friedrich Srup wurde am 9. Oktober 1881 in Bichow (Hannover) geboren. Nach Besuch des Realgymnasiums in Hannover und bestandener Reifeprüfung studierte er zunächst Maschinenbau und machte das Diplomingenieurexamen. Dann studierte er Jura, promovierte zum Doktor jurae, wurde Referendar in der preussischen Generalkonsularverwaltung, später Gewerberat und im Jahre 1918 Vortragender Rat und Geheimner Regierungsrat im preussischen Handelsministerium. Nach einer vorübergehenden Beurlaubung zum Dienstleistungsministerium erfolgte 1919 sein Eintritt in den Reichsdienst, in dem er seit 1920 als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, seit 1927 als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig ist. Am 16. Juli 1932 wurde Dr. Srup alsdann noch zum Reichsminister für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Der Kommissar für Arbeitsbeschaffung

Dr. Gericke, der das neu geschaffene Amt eines Reichsministers für Arbeitsbeschaffung übernimmt, wurde 1893 auf Nittergut Gruna (Kreis Döbelitz) geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und kam dann zur Regierung in Potsdam als Regierungsdirektor. Als Kriegsfreiwilliger trat er bei Ausbruch des Weltkrieges in das Heer ein. Im Laufe des Krieges wurde er mehrfach schwer verwundet. Im April 1919 wurde er zum Landrat seines Heimatkreises Torquay gewählt, betätigte sich seitdem politisch und trat 1919 als deutschnationaler Abgeordneter in den Provinziallandtag der Provinz Sachsen ein. Wegen seiner nationalsozialistischen Einstellung wurde er trotz heftigen Widerpruches der ganzen Kreisbevölkerung nach drei Jahren seiner Stellung entbunden und an die Regierung Hannover versetzt. Er nahm jedoch daraufhin keinen Anstoß und widmete sich der Arbeitsbeschaffung seines Heimatkreises. Am 1. April 1924 gehörte Dr. Gericke von 1924 bis 1928 als Mitglied der deutschnationalen Fraktion an. Am Juli 1929 schloß sich Dr. Gericke der Christlich-Sozialen Bauern- und Landvolkpartei an. Als Vorhänger des Deutschen Landgemeindetages wurde Dr. Gericke im Juni 1928 in den Reichswirtschaftsrat berufen.

Hindenburg an Papen

Schreiben des Reichspräsidenten an die ausscheidenden Minister.

Berlin, 4. Dezember.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den scheidenden Reichspräsidenten von Papen nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Ihrem Antrage um Entlassung aus den Ämtern des Reichspräsidenten und des Reichsministers für das Land Preußen habe ich durch die antwortende Urkunde entsprochen. Schwere Sorgen und nur vorangetrieben durch Ihre persönlichen Vorstellungen lasse ich Sie in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe aus diesen Ämtern scheiden; mit Vertrauen und meine Achtung für Ihre Person und Ihr Wirken bleiben unvermindert. Während Ihrer leider nur einhalbjährigen Tätigkeit als Reichspräsident und als Reichsminister für Preußen habe ich Ihre hingebende und verantwortungsvolle Arbeit, Ihre selbstlose Vaterlandsliebe und Ihre vornehmen Charaktereigenschaften hochschätzen gelernt. Ich werde die Zeit der Zusammenarbeit mit Ihnen nie vergessen. Für alles, was Sie in diesen schweren Monaten für unser Vaterland getan haben, spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie eigenen Namens meinen tief empfundenen Dank aus. Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich Ihr stets ergebener Ges. von Hindenburg.“

Gleich hat der Reichspräsident dem scheidenden Reichsminister des Innern Freiherr von Braun und dem Reichsarbeitsminister Schäffer in persönlichen Handschreiben Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste zum Ausdruck gebracht.

Rundgebung des scheidenden Kanzlers

Die Mitglieder des alten Reichskabinetts versammelten sich zu einer letzten Sitzung, in der Reichspräsident von Papen sich von seinen Mitarbeitern verabschiedete und die Minister, die im Kabinett verblieben, hat er, in der gleichen Weise, wie es ihm gegenüber der Fall gewesen ist, auch mit seinem Freunde und Nachfolger, Herrn von Schleicher, zum Heime des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Als Dienstfaktoren widmete Reichsminister von Neudorf dem scheidenden Kanzler Worte des Abschiedes, der dann die Beamten und Angestellten der Reichsanstalt seinem Nachfolger vorstellte.

Nach seiner letzten Kabinettsitzung veröffentlichte der scheidende Kanzler folgende Rundgebung:

„In dem Augenblick, wo ich das Kanzleramt, in das mich das Vertrauen des Reichspräsidenten berufen hat, an meinen Nachfolger abgebe, liegt es mir am Herzen, allen meinen Freunden im Lande zu danken, die in den verflohenen sechs Monaten die Arbeit der Reichsregierung um die Wiedererlangung unserer inneren und äußeren Freiheit, um die Grundlegung eines neuen und besseren konstitutionellen Lebens, um autoritäre Staatsführung gegen Parteiherrschaft, um Arbeit und Brot für alle unterstützt haben.“

Meine Arbeit hatte nur das Ziel, dem Zusammenbruch aller wahrhaft vaterländischen Kräfte zu dienen. In ihm liegt die Zukunft der Nation beschlossen, der wir alle tiefen Herzens dienen.“

Kämpfen wir weiter „Mit Hindenburg für das neue Deutschland.“

Neues Nein Herriots

Der französische Abrüstungsplan soll vor der Bereinigung der Gleichberechtigungsfrage diskutiert werden!

Genf, 5. Dezember.

Die französische Abrüstungsfrage scheint ihre negative Haltung auch in den neuen Besprechungen in Genf festsetzen zu wollen. Wie man von unterrichteter Seite hört, hat der französische Ministerpräsident Herriot in Genf erklärt, die Delegation Frankreichs sei dagegen, daß die Gleichberechtigungsfrage jetzt am Anfang geregelt werde. Diese Frage könne wohl das Ziel der Konferenz sein, ihre Lösung dürfe aber nicht als Vorbedingung für weitere Verhandlungen gemacht werden. Frankreich könne von seinem Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage, wie er in dem französischen „konstruktiven“ Plan entwickelt worden ist, nicht abgehen. Die Gleichberechtigungsfrage stehe in unauflösbarem Zusammenhang mit der Schöpfung eines europäischen Sicherheits-systems. Die französische Delegation widerstehe sich auch etwaigen Plänen zur Vertagung der Abrüstungskonferenz, und bestrebe darauf, daß der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan von der Konferenz diskutiert werde.

Befähigt werden diese Mitteilungen durch eine Ausstellung der Haava-Agenter, in der für den Stillstand in Genf Deutschland verantwortlich gemacht wird, wogegen die französische Delegation die Kritik benutzt habe, um einen vollständigen Plan vorzubringen. Uebrigens habe, so heißt es in der Haava-Erklärung weiter, die Konferenz selbst in dieser Frage Stellung genommen, denn in ihrer Resolution vom 23. Juli habe sie beschlossen, für die zweite Phase ihrer Arbeiten die Fragen der Gleichberechtigung und der Sicherheit zu behandeln. Es wäre also „völlig ungerecht und unloyal“ jetzt das Problem der Gleichberechtigung aus dem Konferenzprogramm herauszunehmen, um es unermüdetlich zu regeln, ohne daß Frankreich die Möglichkeit habe, gleichzeitig die Organisierung der Sicherheit als Gegenleistung zu fordern“. Reinesfalls könne davon die Rede sein, Deutschland zu ermächtigen, wieder aufzurufen. Eine derartige Lösung würde in der Tat dem Ziel der Abrüstungskonferenz völlig zuwiderlaufen. Bezüglich die Mächte, die den Vertrag unterzeichnet haben, meint die Haava-Agenter, seien befähigt, Deutschland zu ermächtigen, den Stand seiner Rüstungen zu ändern, worauf sie hinpflichtig Herriot und Paul-Boncour beabsichtigen nicht, im Verlaufe ihrer nächsten Verhandlungen in Genf hiervon abzugehen.

Das ist eine Erklärung, die von den weiteren Verhandlungen in Genf sehr weit erhoffen läßt.

Aus englischer Kreise hört man, daß MacDonald in besserer Erkenntnis der Sachlage nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß entscheidend für den Erfolg der Genier Arbeiten die Wiederbelebung Deutschlands ist. So wird denn auch von englischer Seite ganz offen zugegeben, daß jetzt eine äußerliche Anstrengung unternommen werden müsse, um die Rüstung Deutschlands zu sichern.

In amerikanischen Kreise soll trotz aller Gegenfälle, wie sie erneut in Erscheinung getreten sind, eine gewisse Zuversicht vorherrschen.

Ein neuer Landwirtschaftsführer

Berlin, 3. Dezember.

Der deutsche Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates wählte an Stelle des zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannten Regierungspräsidenten a. D. Dr. Ruffner den Direktor der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Regierungspräsident a. D. Graf von Bauhoffen zum gleichzeitigen Vorsitzenden der Landwirtschaftsführer.

Wirtschaft und Währung

Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Lufner.

München, 4. Dezember.

In der Jahrestagung des Bundes der Freunde der Technischen Hochschule München hielt Reichsbankpräsident Dr. Lufner eine Ansprache über das Thema „Wirtschaft und Währung“.

Er führte u. a. aus: Auch in schweren Durchgangzeiten, wie wir sie jetzt erleben, bleibt im Mittelpunkt kreditmäßiger Fürsorge die Bereitwilligkeit und Gewissenhaftigkeit des Kreditorganismus stehen, gesunde, von der Privatwirtschaft selbst begehrte Kredite in billiger Weise zu gewähren. Die Reichsbank hat im Laufe von dreizehn Jahren ihren Disconto von 8 auf 4 Prozent ermäßigt, indem sie immer wieder den besonderen Erfordernissen des Wirtschaftslebens, die sich aus der Krisenlage ergeben, Rechnung trug, soweit es auch sonst besonders im Hinblick auf die Devisenlage der Reichsbank vertretbar war.

In der zweiten Hälfte des Sommers ist als große sachdienliche Maßnahme das mit der Reichsbank vereinbarte Regierungsprogramm in Höhe von 2,7 Milliarden RM hinzugekommen, nämlich 2,2 Milliarden Steuerguldscheine und 500 Millionen Kreditguldane für besondere Arbeitsbeschaffungsweckel.

Die von den leitendsten Mitgliedern der Reichsbank für fortgesetzte Kreditvermittlung der Reichsbank haben noch nicht einmal das eigentliche Problem gesehen, nämlich, daß es sich dabei um Zeitpunkt und Ausmaß handelt. Was das Ausmaß betrifft, so bleibt die oben genannte Zahl von 2,7 Milliarden RM nicht oder jedenfalls nicht wesentlich hinter dem zurück, was solche Anhänger der Kreditvermittlungslehre fordern, die das Problem des Ausmaßes kennen.

Nach verschiedenen Wegen, auf denen die Arbeitsbeschaffung erreicht wird, gliedert sich das Regierungsprogramm in drei Teile.

Der erste Teil umfaßt in der Privat- im Laufe eines Jahres gegen Zahlung bestimmter Steuern herauszugebenden Steuerguldscheine. Der zweite Teil des Regierungsprogramms umfaßt die 700 Millionen RM für öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitgestellten Mittel. Der dritte Teil des Regierungsprogramms umfaßt diejenigen Steuerguldscheine, die der Mehrzahlstellung von Arbeitern innerhalb der privaten Wirtschaft als Copypriämie gegeben werden sollen: es sind dies ebenfalls 700 Millionen RM. Will man die großen noch unangelegten Möglichkeiten des bestehenden Regierungsprogramms zum Teil auf neuen Wegen ausnützen, so wird man auf jeden Fall einiges Grundbedingtes fest in Auge behalten müssen. Besonders dringlich ist die Berücksichtigung, fest zu setzen, die Zukunft nicht vergessen dürfen.

Dah der Kreditvermittlung unübersteigbare Grenzen von der Währungsseite her gesetzt sind, ist selbstverständlich.

Aber auch das Reich hat durch dieses riesige Programm seine zukünftigen Haushaltsjahre auf lange hinaus schon so belastet, daß das ganze Programm nur als ein einmaliger Brückenschlag verstanden werden kann, nämlich zu dem Zeitpunkt hin, wo das Wirtschaftsleben und auch das Finanznadeln der öffentlichen Verbände wieder auf sich selbst steht und auf sich selbst stehen muß. Dies ist es selbstverständlich, daß bei einem geänderten Verwendungszweck der 700 Millionen die Form der Steuerguldscheine beibehalten wird, da nur durch sie die Lebensgrundlage der in der Wirtschaft vorhandenen privaten Kreditmöglichkeiten erreicht werden kann.

Daraus folgt, daß jedenfalls der bei weitem größte Teil der zu vergebenden öffentlichen Arbeiten an Unternehmer vergeben werden muß, wobei es sehr erzieherisch wäre, wenn recht viele kleine und mittlere Unternehmer herangezogen würden.

Eine bestimmte Aufgabe und Verantwortung der Reichsbank ist es mit sorgfältiger Beachtung zu geben, daß sich nicht im Zusammenhang mit vergrößelter Arbeitsbeschaffung eine künstliche Preisbewegung zeigt. Auch die Reichsbank hat hierauf größte Aufmerksamkeit zu verwenden haben. Niemand darf vergessen werden, daß eine Preisentwertung, die sich nur in Deutschland vollzieht, mit Rücksicht auf die schon so sehr beengten Möglichkeiten deutschen Exports völlig unerträglich sein würde.

Da Kreditmittel bei geänderter Volkswirtschaft nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, so ist es vernünftig, die dringlichsten Bedürfnisse in erster Linie zu decken, und ihre Dringlichkeit ist in der Regel nur an der Nachfrage, und das wiederum bedeutet, nur an der Rentabilität, zu messen.

Der Durchbruch in die Zukunft kann nur nach vorn erfolgen. Ohne hier auf die Frage einzugehen, ob und unter welchen Voraussetzungen es überhaupt die Möglichkeit einer grundsätzlichen Planwirtschaft geben kann oder wird, scheint mir das Verhältnis zwischen Technik und Landwirtschaft jedenfalls so zu sein, daß eine Verdrängung der Privatwirtschaft mit all ihren selbsttätigen Antriebskräften den weiteren technischen Fortschritt auf das ernstlich gefährden würde. Vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus ist zu unterscheiden, wie notwendig zur Bewahrung unserer Stellung in der Welt die gesteigerte Hinwendung der deutschen Wirtschaft zur Dualität ist.

Die furchtbare Krise, die wir durchleben haben, würde an manchen und wichtigen Punkten weniger schwer gewesen sein, wenn die deutsche Kreditwirtschaft größere Zurückhaltung geübt hätte.

Das Ausland zur Regierungsbildung

Berlin, 4. Dezember.

Wien: Entspannung der Lage.

Die Berührung Schleichers wird in der Wiener Presse fast allgemein als wesentliche Entspannung und als Erleichterung der Lage angesehen. So schreibt die „Wiener Post“: „In uns die neue Regierung als ein Kraftakt betrachtet, in dem gesehen, so liegt es doch im Bereich der Möglichkeit, daß sich schließlich ein Modus vivendi mit dem Reichstage ergibt. Die „Neue Freie Presse“ erklärt: „Es ist ein Glück, daß durch die Ernennung Schleichers, dem der Ruf der Gerechtigkeit vorausgeht, die große Gefahr eventueller Zusammenstöße, die die Wiedererrichtung Papens zweifellos zur Folge gehabt hätte, vermieden wird.“

Paris: Eiserne Faust in Samthandschuhen.

Die Berliner Berichterstatter der Pariser Presse sehen in der Betrauung des Generals von Schleicher ein Zeichen innerpolitischer Entspannung. Die Presse verfaßt sich in ihrem Urteil zurückhaltend. Das „Journal“ nennt die neue Regierung eine Regierung des „Ausgleichs“ und des inneren Friedens. „La République“ schreibt, es wäre falsch, an die Rückkehr eines Parlamentarismus zu denken, von dem die Deutschen nichts mehr wissen wollen; aber ebenso falsch wäre es, eine Wiedereingliederung der Hohenzollern zu erwarten. Der sozialistische „Populaire“ spricht von einer Diktatur Schleichers. Sie sei datiert durch eine eiserne Faust in Samthandschuhen.

London: Verhöhnung der Gegenläufer erwartet.

Die Betrauung von Schleicher mit der Kabinetsbildung hat in der englischen Öffentlichkeit außerordentliches Interesse erregt, das in der Morgenpresse in Beiträgen und in Aufzügen über das Leben und den Charakter des neuen Reichsregierers zum Ausdruck kommt. In diesen Aufsätzen werden seine Kräfte, Erfahrung und diplomatische Geschicklichkeit, seine verbindlichen Umgangsformen und seine modernen Auffassung der sozialen Probleme Anerkennung gezollt. Außenpolitisch wird das Verbleiben des „flugen und maßvollen“ Außenministers von Neurath begrüßt. Unbehagen äußert man wegen der bekannten Bemerkung General von Schleichers, daß die Reorganisation der Reichswehr „unter allen Umständen“ durchgeführt werden müsse. Politischer Beziehung wird die Wahl des Reichspräsidenten für die beste gehalten, die angesichts der politischen Lage in Deutschland möglich ist, zumal allgemein die Auffassung herrsche, daß es ihm besser als Herrn von Papen gelingen werde, auf eine Verhöhnung der Gegenläufer in Deutschland hinzuwirken.

Newport: Erleichterung und Beruhigung.

„New York Times“ befaßt sich in einem Artikel mit der deutschen innerpolitischen Lage. Die Betrauung von Schleicher mit der Kabinetsbildung bedeute offenbar die Fortführung der einstweiligen Aufgaben, die von Papen im Frühjahr anvertraut worden seien. Man könne sich eine Regierung Schleichers als Interregnum vorstellen, bis die deutschen Parteien sich auf eine Arbeitsgemeinschaft zu einigen vermögen. Darauf arbeitete Reichspräsident Hindenburg mit „Herald Tribune“ in der Reaktion der Presse und Börse seinen Bemerkungen dafür, daß die Fortsetzung der Konferenz bindend sein soll. Frankreich hat selbstverständlich ein Interesse daran, die „Konkordanz“ der bisherigen Abklärungsverhandlungen zu wahren. Aber das alles hindert faktische Wertschwübe, die an dem Kern der Aufgabe vorbeigehen.

Ein Vorstoß gegen Dr. Bracht

Die Deutschnationale Pressestelle veröffentlicht eine Erklärung der deutschnationalen Landtagsfraktion zu den Personalveränderungen im preussischen Justizdienst, in dem es heißt: Seit längerer Zeit hat die deutschnationale preussische Landtagsfraktion dem Stellvertreter des Reichsjustizministers in Preußen, Herrn Bracht, ihr Verhalten über „die merkwürdig schonende Behandlung der Exponenten des Zentrums im preussischen Beamtenkörper zum Ausdruck gebracht. Die jetzt

erfolgte Beförderung des bisherigen Ministerialdirigenten Dr. Bracht, der als ein besonderer Vertrauensmann des Zentrums gilt, wirkt demgegenüber wie eine offene Kampfanzeige. Eine wirkliche Enttarnung des preussischen Beamtenapparates ist nur dann möglich, wenn die Personen, die sich zu Willensrätern des früheren Systems gemacht haben, zunächst einmal aus verantwortlichen Stellungen ausgeschaltet und nicht noch besonders befördert werden. Die Beförderung führt einige weitere leitende Ministerialbeamten an, die dem Zentrum angehören und schließlich: Eine durchgreifende Veränderung der Personalverhältnisse in Preußen muß mit der Säuberung der Krone im Reich erfolgen.

Erklärung der NSR

Zur Betrauung des Reichswehrministers von Schleicher mit dem Kabinetsamt schreibt die Nationalsozialistische Kampfbund: „Für uns Nationalsozialisten ist es sichtlich gleichgültig, ob der neue Reichsminister von Papen oder von Schleicher oder sonstwie heißt. Nun wird Herr von Schleicher möglichst rasch auf die Ministerliste geben müssen. Wir verlangen uns, die Namen zu wiederholen, die genannt werden. Sie werden alle nur vorübergehende Erscheinungen sein, denn sie werden, auch wenn sie besten Willens sind, unglückliche Männer sein müssen, die Not des Volkes nicht beheben können. Daran ändert auch der Name des Kanzlers nichts. Es kommt der Tag, so schreibt die NSR, zum Schluß, „an dem das Kabinetsamt Schleicher einem Kabinetsamt Hitler Platz machen muß, wenn Volk und Vaterland nicht zugrunde geht und im Sumpf des Bolschewismus erstickt sollen.“

Genf sucht nach Ausweg

Neuraths neue Rolle.

Genf, 4. Dezember.

In Genf verjammeln sich die Staatsmänner wieder, in deren Hände Europas Schicksal gelegt ist. MacDonald ist seit Freitag früh dort, ebenso Americas „Beobachter“ Norman Davis und Paul-Boncour. Zwischen diesen erfolgte sofort die Frühlingnahme, die der Vorbereitung der künftigen Verhandlungen dient. Entscheidend werden diese Verhandlungen aber erst, wenn auch Herriot und Neurath wieder am Konferenzort sind.

Zwei große Probleme beherrschen im Augenblick die Genfer Lage: Die Schuldenfrage und die Abrüstungsfrage.

England bemüht sich darum, hier eine Verbindung zu schaffen, durch die Americas Position geschwächt werden könnte. London läßt am liebsten einen Ausgang dieser Genfer Verhandlungen, bei dem die von Amerika gewöhnliche Abrüstung der Truppe bei den künftigen Geheimverhandlungen bliebe. Wie weit eine solche Berührung gerade im Interesse einer Verständigung mit Amerika für Europa allgemein erwünscht sein kann, ist allerdings eine andere Frage. Gleichviel, sie ist aufzuheben und die Staatsmänner in Genf werden dieser Last Rechnung tragen müssen.

Hauptziel aber bleibt sichtlich die Vermeidung eines vollständigen Scheiterns der Abrüstungskonferenz. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Nachdem eben erst die Regierungsverhältnisse in Deutschland neue Gestalt angenommen haben, wird es Zeit brauchen, bis hier der Boden bereitet ist. Man muß aber Zeit zu gewinnen, braucht man zunächst eine Vertagung der Abrüstungskonferenz. Und hier wird das zweite Ziel sichtbar, das die Staatsmänner sich für ihre Genfer Reise gestellt haben. Für diese Vertagung aber will man sich auf den von bisherigen „Ergebnis“ der Konferenz so viel retten, wie zu retten ist. Man strebt deshalb eine Art Protokoll an, das für die Fortsetzung der Konferenz bindend sein soll. Frankreich hat selbstverständlich ein Interesse daran, die „Konkordanz“ der bisherigen Abklärungsverhandlungen zu wahren. Aber das alles hindert faktische Wertschwübe, die an dem Kern der Aufgabe vorbeigehen.

Man wird abwarten müssen, welche Aufnahme der neue Neurath bei den Genfer Verhandlungen finden wird. Das Echo, das Schleichers Ernennung im Ausland gefunden hat, berechtigt zu der Erwartung, daß die Gegenläufer „dem neuen Neurath“ vielleicht etwas mehr entgegenkommen wird, als bisher. Dazu muß sie sich aber auch durchringen, denn man darf im Ausland sich der Tatsache nicht verschließen, daß Schleichers Aufgabe ungleich schwer ist und nur gelöst werden kann, wenn diese Regierung, die so viele Hoffnungen erweckt, gerade auf ungenügendem Ge-

Was du mir gabst

Roman von Fr. Lehne.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Maurus überlegte. — Wieder mit Hortenje ausgehen? — Ausgeschlossen!

„Es tut mir leid, Rind! Doch diese Woche paßt es mir gar nicht! Ich bin mit meiner Arbeit nicht fertig bin, selbst mir Lust und Zeit zu Zeitungen! Du siehst, ich bin offen, und wirst mir, so hoffe ich, diese Wblage nicht verbieten.“

„Aber nein, Bester! Du kennst ja auch meine Ansicht: jeder nach seinem Belieben! Sie stand auf, „Erlaubst du, daß ich mir etwas zum Rauchen hole? Ich habe meine Zigareten vergessen, nein, nein, die siehst du, ich weiß ja Bescheid, ich komme gleich wieder.“

Im Herrentimmer ließ sie gleich nach der Chaiselongue, ludte darauf, warf die Kissen durcheinander, ging nach dem Schreibtisch, dort ebenfalls nach etwas suchend. In ihrer Hast bemerkte sie nicht, daß Maurus, in der Tür stehend, verumundert ihr Tun beobachtete; dann aber fiel ihm sofort ein: sie ludte nach dem verlorenen Briefe.

„Hast du etwas verloren, Hortenje?“ konnte er sich nicht enthalten zu fragen.

„Ja, Maurus!“ Sie war etwas verlegen; haltig sagte sie: „Ich vermisste mein Spitzentastentuch, eins von denen, die du mir zu Weihnachten schenktest. Ich muß es hier verloren haben.“

Seine erste Eingebung war, zu sagen: Ein Taschentuch ist doch wohl ein Brief, den ich gefunden und den du wohl ungern in meinem Besitz weißt! Doch seine Vornehmheit ließ ihn, ihr die Besichtigung zu erlauben.

„Ich habe nichts gefunden, Hortenje!“

„Nichts?“

„Nein, Hortenje, gar nichts!“ betonte er.

„Ich wollte dir nichts sagen, um dich nicht zu kränken!

Das Tuch ist doppelt wertvoll für mich; erstens als Gabe von dir und dann auch die keine Arbeit! Fräulein Dora hat auch nichts gefunden? Oder hat sie heute hier nicht reinemgemacht?“

„Sie putzt jeden Tag die Zimmer! Wenn sie etwas gefunden, hätte sie es mir gegeben!“

„Sie ist doch ehrlich?“

„Rote des Unwillens stieg in sein Gesicht. „Wäreft du lo ehrlich!“ dachte er.

„Unbedingt, Hortenje!“ sagte er laut. „Ich lege die Hand dafür ins Feuer.“

„Du sprichst sehr überzeugt, Maurus! Heutzutage aber kann man keinem Menschen mehr trauen!“

Darin haßt du recht, Hortenje! Man wird in seinem Vertrauen sehr häufig getäuscht von denen, von denen man es am allerwenigsten erwartet.“

Frakt ideo hat Hortenje den Major an. Er sprach lo bedeutungslos. „Achte er etwas? Du dumme, daß sie den Brief nicht gefunden und überhaupt nicht mal genau wußte, wo sie ihn verloren!“

„Ich werde Dora dennoch fragen!“

„Wenn du meinst, Hortenje!“

Die Unruhe trieb Hortenje nach der Küche. Nein, Dora hatte nichts gefunden! Weber Taschentuch noch Brief.

„Bitte, Fräulein Dora, erwähnen Sie nichts zu Herrn Major davon. Es handelt sich um eine Liebesgeschichte für ihn und es wäre mir sehr unangenehm, wenn er durch diesen Brief vorzeitig Kenntnis davon erhielte.“

„Ich werde morgen früh nochmals genau nachsehen, gnädige Frau!“

So lebenswichtig wie heute abend war die Frau von Schönheit noch nie gewesen: Dora wundert sich darüber!

„Du Maurus, dein Budeleien ist eigentlich ein hübsches Mädchen.“ sagte Hortenje zu dem Major, „überaus jung sieht sie ohne die Brillen aus! Verliebe dich nur nicht in Budeleien.“

„Bitte, Hortenje, laße solche geschmacklose Echerze!“

wehrt er in einem vielleicht etwas zu lauten Tone ab.

Sie lächelte sich dadurch getränkt und brach in Tränen aus. Er wurde ungeduldig. Ihre ganze überherrschte Art peinigete und quälte ihn, und er dachte, wenn sie doch nur erst ginge! Sie selbst hatte ja den gleichen Wunsch, erst draußen zu sein!

Sie ging nach der Tür.

„Auf Wiedersehen, Maurus, und bei besserer Laune!“

Sie merkte, wir verstehen uns heute abend nicht! Wir verstehen uns überhaupt nicht mehr!“

„An mir liegt es nicht, Hortenje!“

„Doch, Maurus! Du bist anders geworden, ganz anders! Glaubst du, ich fühle es nicht?“ versetzte sie höflich.

„Du hast doch sonst nichts auf die Sprache des Gefühls gegeben.“

„In diesem Falle aber müßte man ganz dieselbe sein! Du denkst nicht mehr an mich, du denkst an eine andere.“

„Ich denke an keine andere.“

Sprach er die Wahrheit? Dachte er wirklich an keine andere? Schwebe ihm nicht ein Köpchen vor mit lichtgrogen Augen, von rotbraunen Locken umwallt? Ungeheuerlich über sich selbst stampfte er jetzt mit dem Fuße auf!

Wollte er durchaus vor sich selbst lächerlich erscheinen? Doch er konnte den Augenblick nicht vergessen, in dem er Doras weiche, rührende Gestalt in seinem Arm gehalten und er einen Blick in ihr wahres Gesicht getan, ihm vom Zufall verweigert!

Hortenje sagte seine Gebärde falsch auf. „Bin ich dir lästig, Maurus?“

„Nein, nein, Hortenje! Ich dagegen scheine dir aber, besonders in der letzten Zeit, feil meiner Krankheit, langweilig geworden zu sein. Einen langweiligen, alten Peter haßt du mich ja oft genug genant!“

„Aus Echerz, Maurus! Du, wenn man alles wörtlich nehmen wollte, was man so dasinfragt! Ich habe dich bisher nicht von der ernstlichsten Seite genant!“

„Ich eben follosal nettlos geworden, mein Freund!“

Hortenje nimmt du mir übel, es ist wohl daher, weil du mich nicht mehr liebst.“

(Fortsetzung folgt.)

biet bald reichere Erfolge aufweisen kann. Die Anerkennung der deutschen Arbeitsfreiheit und die Zustimmung zur deutschen Wehrreform darf nicht mehr lange ein Ziel bleiben, sie muß bald ein Ausgangspunkt werden.

Die kommunale Arbeitsbeschaffung

Vorländeigung des Deutschen Städtetages.

Berlin, 5. Dezember.

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages verbanden über das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm. Vorgehensart nur solche Aufgaben, die unbedingt notwendig, volkswirtschaftlich bedeutungsvoll und für Industrie und Handwerk sofort ausfüllbar sind. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm will vor allem die Wohlhabendsten beschäftigen mit Frauen und Kindern erfassen. Die Durchführung des Programms soll noch vor Beginn des eigentlichen Winters einleiten. Der Deutsche Städtetag lenkt gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Regierung auf die besonderen Schwierigkeiten der mittleren und kleineren Städte und betont, wenn die Gemeinden von den Rollen der Wohlfahrtsvereinsführer befreit und im Wege eines neuen Finanzengagements weiter entlastet sind, werde die praktische Erfüllung des kommunalen Schuldendienstes gesichert sein. Das Gesetz über die Umföhrung der kurzfristigen kommunalen Kredite müsse von der neuen Regierung vorweg durchgeführt werden.

Städtebau und Handwerk

Das Gebiet des Städtebaus hat in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Strukturumwandlung durchgemacht, in erster Linie wohl eine Folge der allzu schnellen Entwicklung der Technik. Sie trägt die Schuld an der Entartung des Handwerks, am Verschwinden einer guten Ueberlieferung. Aber es wäre falsch, sie deswegen bekämpfen zu wollen. Es ist nur notwendig, sie in ihre Schranken zu weisen, so daß sie dem Menschen zweckdienlich dient. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Zukunft. Man braucht nur an das Bauwesen der Vergangenheit zu denken, wo ganz allgemein der heimatische Fels und Wald, die nächstgelegene Umgebung den Wert für den Bürgerhäuser usw. liefern. Wir müssen glauben, daß in dieser Beschränkung des Werkstoffes die Alten sich als Meister erweisen. Sparlichkeit und Mangel an technischen Hilfsmitteln zwingen damals zu dieser Beschränkung. Wo stehen wir heute? In dem neuesten Heft des „Reichsstädtebau“ behandelt Architekt Heilig-Berlin dieses Thema.

Zusätzlich von fast jeder Beschränkung tummeln sich alle nur erdenklichen Techniken und Materialien in ein und demselben Straßenzug in Dorf und Stadt. Ein Nachbar vertritt sich nach Kräften vom anderen durch das Äußere seines Hauses zu unterscheiden. All es verunreinigt, wenn das entscheidende Stadtbild unter diesem Sammelurteil leidet? Diese Entwicklung läßt den ortsansässigen Handwerksmeister nie zur Ruhe und Besinnlichkeit kommen. Gewiß ist jeder wahrhafte Fortschritt zu begrüßen, der uns auf hygienischen und wirtschaftlichen Gebieten fördert, doch läßt nicht jede Erfindung, jede neue Technik, jedes Patent. Ihre Fülle verwirrt nur und ihre Anwendung führt zu einer Verflachung der Eigenart. Unter den Bauhandwerkern mehren sich die Schimmerer, die zugehen müssen, daß der, durch viele Jahrhunderte erprobte Baustoff in nicht ungetrübter Art auf die Seite gelegt wird. Alle, längst vergessene Bautechniken bedürfen sich bei geistlicher Handhabung auszuzeichnen und haben den großen Vorzug, wohlfeiler zu sein als jedes andere Verfahren. Wollen wir noch einige Spuren der Eigenart der Heimat erhalten, so müssen wir beim Bau und bei der Sanftfahrt beginnen. Wir müssen uns die Frage vorsetzen: Welche Bautechniken sind in unmittelbarer, welche in weiterer Umgebung? Welche Techniken ihrer Anwendung kommen in Betracht?

Erit wenn diese Fragen geklärt sind, wird man übersehen, ob der Bezug von Baustoffen aus größerer Entfernung als dringendes Erfordernis sich ergibt. Diese Rücksichtnahme auf örtliche Baustoffverhältnisse schafft dem ortsansässigen Handwerker Entwicklungsmöglichkeiten, die spart Transportkosten und trägt vor allem dazu bei, daß z. B. eine rheinische Ziegelfabrik, als Gesamtbild betrachtet, von der Sandfabrik in Pommern abweicht.

Deutsche Tagesschau

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die seit zwei Wochen in Berlin stattfindenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben zu einer gewissen Klärung der bisherigen Auffassungen geführt. Einige Mitglieder der französischen Delegation reisen nach Paris, um ihrer Regierung über den ersten Abschnitt ihrer Verhandlungen Bericht zu erstatten. Die Besprechungen werden Mitte dieser Woche in Berlin fortgesetzt.

Indeziffer der Großhandelspreise.

Die vom Statistischen Reichsamt für den 30. November berechnete Großhandelsindeziffer ist mit 93,3 gegenüber der Vorwoche (93,8) um 0,5 vom Hundert gesunken. Die Indeziffern der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 86,5 (minus 1,3), Rohmaterialien 90,9 (minus 1,0), Industrie Rohstoffe und Halbwaren 87,6 (minus 0,2), Industrie Fertigwaren 113,3 (minus 0,2).

Kommunalwahlen in Thüringen

Weimar, 5. Dezember.

Am Sonntag fanden in Thüringen Kommunalwahlen statt. Die Wahlbeteiligung war wesentlich geringer als bei den Reichstagswahlen, dementsprechend haben auch alle Parteien, soweit Vergleiche möglich sind, geringere Stimmen erhalten als am 6. November.

Weimar.

In Weimar erhielten nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis Nationalsozialisten 7122 Stimmen (Reichstagswahl 11003), Deutschnationale Volkspartei 2272 (3768), Deutsche Volkspartei 1250 (2100), Zentrum 619 (636), SPD 3347 (5491), KPD 2704 (3914), weitere ergebnis: Bürgerliche Mitte 922, Handel und Gewerbe 849, Vortragsliste 398, SPD 199 und die Komm. Opp. 577.

Jena.

In Jena erhielten: NSDAP 6249 Stimmen (8420), Deutschnationale 1894 (3635), Bürgerliche Mitte 3369, Staatspartei 2849 (4320), KPD 7479 (9615), SPD 6513 (7442), Vortragsliste 464, Komm. Opp. 604.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: NSDAP 8 (bis her 1), Deutschnationale 2, Bürgerliche Mitte 5, Staatspartei 3 (4), SPD 9 (11), KPD 8 (5).

Aus der Heimat und dem Reiche.

Amburg, den 5. Dezember 1932.

St. Nikolaus

Zu die Zeit, in der die Gedanken der Kinder schon ganz auf das heranabende Weihnachtsfest, den Höhepunkt der Kinderliebe, gerichtet sind, fällt der Tag des heiligen Nikolaus, der ein in den ersten christlichen Jahrhunderten ein frommer Bischof von Myra war, dessen besondere Liebe den Kindern und Schulkindern galt. Er ist eine Art Ersatz des heiligen Abends. Schon lange nimmt das Ereignis den Sinn der Kinder gefangen und läßt sie zwischen froher Hoffnung und einem leichten Gefühl der Beklemmung schweben. Die Eltern und namentlich die Mütter haben dann einen schweren Stand. Was werden sie nicht alles gefragt und wie unangenehme Male sollen sie auf die gleichen Fragen antworten. Gewiß der Nikolaus kommt, er ist auch in früheren Jahren bei ihnen gewesen, aber trotzdem kommt er auch dieses Jahr, Mütt? Wie lange dauert es noch bis der Nikolaus da ist? Er bringt mir doch ganz bestimmt etwas mit? So geht es unaufhörlich, die Kleinen werden nicht müde zu fragen und erwarten stets eine ausführliche Antwort, immer wieder wollen sie die Befestigung aus dem Munde der Mutter hören. Und schließlich ist der lo heiß ersehnte Abend gekommen. Jetzt ist die Erwartung aufs höchste gestiegen, nun nur noch eine Stunde, jetzt muß er kommen. Da endlich treten die Puppenmäuschen mit erwartungsvoll leuchtenden sie mit freudbeglänzenden Augen, ob sich noch nichts hören läßt. Mancher kleine Bub und manches tolle Mädchen sind jetzt doch etwas bedrückt, weil sie kein so ganz reines Gewissen haben. Der Nikolaus fragt sie, ob sie artig gewesen sind, und dann heißt es, Farbe bekommen, und auch die Eltern müssen ihr Urteil abgeben. Endlich naht der Ersehnte, geschmückt mit dem Zeichen der bischöflichen Würde, mit langen, weißem Barbe, begleitet vom Knecht Ruprecht, der ebenfalls weißhäutig, eine Besenbüschel auf dem Kopf in einem langen Mantel oder Belg hat und mit dem Gaben und auch der Rute über der Schulter trägt. Nun beginnen die Fragen, und je nachdem die Antworten ausfallen, werden keine Geschenke oder auch Rutenstreiche ausgeteilt. Aber es ist kein hartes Gericht, das über die kleinen Sünder ergeht, denn der Nikolaus will ja kein Schrecken für die Kinder sein, sondern er ist ihr gütiger Freund. Oft erscheint St. Nikolaus auch allein, ohne Begleitung, dann aber zumeist in der Gestalt des Knecht Ruprecht. In manchen Gegenden tritt er überhaupt nicht selbst in Erscheinung, sondern die Kinder stellen nur am Vorabend des Nikolausabends kleine Schüsseln oder Teller oder auch einen Schuh vor die Tür oder vor's Fenster, die ihnen, wenn sie brav gewesen sind, Nikolaus in der Nacht mit Lebkuchen, Nüssen oder Süßigkeiten füllt. Immer aber ist der Nikolaustag für die Kinder ein Tag der Freude.

Wann ist eine Hausfluchtung von der Schlachtfreier befreit. In diesem Jahre ist eine Abgrenzung des Begriffs „Hausfluchtung“ von Wichtigkeit, weil nach dem preussischen Schlachtfreiergesetz die Hausfluchtungen freier sind. Nach einem amtlichen Hinweis sind Schlachtungen anlässlich eines Familienfestes keine Hausfluchtungen, sondern nach Ziffer 4b der normalen Steuerordnung zu unterwerfen. Die in Artikel 7 erforderte Begriffsbestimmung der freier Hausfluchtungen deckt sich mit dem, was von der letzten Verordnung vorkommt als Hausfluchtung aufgeführt wird. Die Bestimmung des § 7 Absatz 3 schließt jede Schlachtung aus, die zu anderen Zwecken erfolgt, als zur Deckung des Bedarfs des eigenen Haushaltes, wonach als Hausfluchtungen keine nicht anzuhören ist, wenn die Schlachtungen zum Zweck der Verwertung eines erheblichen überflüssigen Restes von Resten erfolgt, insbesondere bei größeren Fleischbetrieben, Einquartierungen usw. Auch die gelegentliche häusliche Verwertung anlässlich des Schweineflachtens schaltet daher die Steuerfreiheit aus, wenn hierzu Käse gehalten sind und die Verwertung sich nicht beschränkt auf die Befestigung des Schlachters oder der bei der Schlachtung erforderlichen Hilfspersonen. Steuerpflichtige Schlachtungen in Anstalten können aus ausnahmsweise befreit werden.

Der Haushalt von heute stellt an die Hausfrau besonders hohe Anforderungen, denn das Sparprogramm macht auch vor der Küche nicht halt, und es heißt mehr denn je „auskommen mit den vorhandenen Mitteln“. Als wahre Freunde erweisen sich auch jetzt die bewährten Maggierzeugnisse (Wäpfe, Suppen- und Fleischbrühwürfel). Die Hausfrau, die sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Preussisch-Süddeutsche Kraftlotterie. Als letzte Ziehung im Jahre 1932 findet am 14. und 15. Dezember die Ziehung der 3. Klasse statt, wobei wieder zwei Hauptgewinne von je 100000 Reichsmark zur Auspielung kommen. Die Erneuerung der Lose zu dieser Klasse muß planmäßig spätestens bis zum 7. Dezember 18 Uhr bei Verlust des Interesses in der zukünftigen Lotterie-Ginnahme geschehen. Die Beachtung dieser Frist wird zur Vermeidung von Nachteilen dringend empfohlen. Für neue Spieler sind Kauflose in allen Wäphten zu amtlichen Preisen bei den Staatlichen Lotterie-Einnehmern zu haben.

Gräfenhainichen. (Straßenpernung) Auf Grund des § 30 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 10. Mai 1932 (R. G. Bl. I S. 201) und auf Grund der Ziffer 1 e 2 des Vd. Gräfenhainichen der Herren Minister des Innern, für Landwirtsch., Domänen und Forsten und für Handel und Gewerbe vom 9. Januar 1931 (MBlV S. 29), wird hiermit bekanntgegeben: Die Provinzialstraße Wittenberg-Remberg-Döben wird wegen Ausführung von Erd- und Schüttungsarbeiten auf der Strecke von km 6,7 bis km 10,470 (zwischen Remberg und Döben) vom 10. Dezember 1932 ab für die vorausfristige Dauer von drei Monaten in vollem Umfang für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt. Der Fernverkehr wird in beiden Richtungen auf die Umleitungsstraße Gungsch-Gräfenhainichen-Bitterfeld-Döblig verwiesen, der Ortsverkehr auf die Umleitungsstraße Remberg-Schmiedeburg-Döben und auf die Orts- und Seitenwege.

Magnum (Kr. Dessau). Beim Flanuluchen badeu verbrannte sich eine Frau schwer. Da das Fett überleitet und in Brand geriet, wollte sie die Flamme mit einem Eimer Wasser löschen. Durch die eintretende Explosion erlitt die Frau schwere Brandwunden, die ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten.

Handwerksnöte in Krisenzeiten

Schaff Answerte für den Gewerbetreibenden!

Die Mitteldeutschen Handwerkskammern (Magdeburg, Halle, Erfurt, Dessau, Meiningen und Weimar) veranfaßten in Wernigerode eine Tagung, auf der der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbevereins, Stadtrat Flugmayer, Vorträge zur Einführung der Gewerbesteuer durch Einführung einer Handwerkskarte machte. Unter Einhaltung einer Uebergangszeit soll die Ausübung eines Handwerks von der Ausfertigung einer Handwerkskarte abhängig gemacht werden.

Schmidts Dr. Wolf, Magdeburg, referierte über Arbeitsbeschaffung für das Handwerk. Er verlangte, daß die Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit für handwerkliche Betriebe auch über den April 1933 fortgesetzt werden. Hierzu müßten weitere 200 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem müssen auch Mittel aus der Haussteuer freigegeben werden.

Wie sich aus den Erhebungen der Handwerkskammern ergab, ist die Landwirtschaft auf das ländliche Handwerk verfaßt. Betont wurde, daß der einseitige Vollstreckungsdruck für die Landwirtschaft dem Handwerk schmele Schäden zufügen müßte. Deshalb wurde von der Regierung ein entprechender Schutz der handwerklichen Betriebe gefordert.

Handwerkserkrankung auf den Magistat.

Der Krankenhaustaus als Streitojekt.

Halberstadt. Die Vereinigung selbständiger Handwerker von Halle und Umgebung hat gegen die Bauleitung des Erweiterungsbau des Salsbati-Krankenhaus und gegen den Magistrat einen Feldzug eingeleitet, weil das heimische Handwerk an dem Bau nicht genügend berücksichtigt worden sei. Führer in diesem Kampf ist die Klementenvereinsleitung, die sich dagegen auflehnt, daß ein Auftrag von 30000 Mark für Inflationarbeiten an einem Leipziger Firma vergeben wurde, da diese Arbeiten ebenso gut in Halberstadt hätten ausgeführt werden können. In einer erregten Versammlung der Handwerker wurde zu dieser Frage Stellung genommen. Die Handwerker behaupten einmütig, daß Aufträge für über 100000 Mark nach auswärts vergeben werden dürfen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß es sich um Spezialarbeiten handelt, für die keine Abgabe nach auswärts der Regierung zuzurechnen sind. Gründe genügt haben dürfte, während der Bauausführung sich selbst dazu noch nicht genügt hat.

Die am Bau interessierten Handwerker haben gegen den Oberbürgermeister Beschwerde beim Regierungspräsidenten erhoben, und bei der Stadtordeordnetenversammlung die Einsetzung eines Unterausschusses beantragt. Der Bau ist laut Beschluß der Stadtordeordneten keineswegs dem städtischen Bauamt, sondern einem einheimischen Architekten zur Ausführung übertragen worden. Magistrat und Stadtordeordnete haben durch ihre Vertretung im Krankenhausrat erheblichen Einfluß auf die Verwaltung des Salsbati-Krankenhaus.

Wie soll im FAD-Lager.

Müßer bei Baus. Für waren zwei Angehörige des freiwilligen Arbeitsdienstes entlassen worden. Als sie trotzdem morgens wieder an der Arbeitsstelle erschienen, verbot ihnen der Schichtmeister das Betreten des Arbeitsplatzes. Sie überließen darauf den Vorgesetzten und misshandelten ihn, bevor, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Beide Täter wurden verhaftet.

Bratpauer such den Tod auf dem Frieshof.

Neufahrt erleben. Der SA-Führer, Chauffeur Benz am Oberg, und seine Verlobte, ein Fräulein Kelling, wurden im nahen Sommerberg auf dem Frieshof erschossen aufgefunden. Wahrscheinlich hat Benz seine Braut zunächst durch Kopfschuß und darauf sich selbst durch zwei Schüsse getötet. Ueber die Ursache der Tat weiß man nichts.

Loburg. Am Bahnberggang Loburg-Beppendorf fuhr ein Magdeburger Kraftwagen gegen einen Freileiter, überfuhr sich mehrere Male und stürzte in den Graben. Von den Anfaßen wurde einer schwer, mehrere andere leichter verletzt.

Etendal. Amtsgerichtsrat Viebig ist unter Ernennung zum Landgerichtsdirektor an das Landgericht Stargard in Pommern versetzt worden.

Oberg. Södlische Verbrennung. Das dreißigjährige Södlische eines Arbeiters in Gestirnen fiel in eine Schüssel kochenden Wassers, die von der Mutter auf den Boden gestellt worden war. Das Kind wurde so schwer verbrannt, daß es im Krankenhaus Oberg gestorben ist.

NSDAP gegen Einheitspreisgesetze.

Deilau. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach das Einheitsmiltierium erlöst werden soll, beim Reichswirtschaftsministerium ein festes allgemeines Verbot der Erstattung von Einheitspreisgesetzen als vorzuziehende Maßnahme gegen das Ueberhandnehmen derartiger Geschäfte zu erwirken.

Unglück oder Verbrechen?

Hübenberg (Kr. Bitterfeld). Der Landwirt und Gastwirt Falkgraf aus Hennich wird seit Anfang dieser Woche vermisst. Er war mit einer Fuhre Kartoffeln nach Oranienbaum gefahren und ist bis heute noch nicht zurückgekehrt. Das Gepann wurde am Ausgang von Hübenberg gefunden. Der Wagen lag in einer Sandgrube, während die Pferde an einem Baum in der Nähe angebunden waren. Falk hatte sich im Striege ein Verendenleiden zugezogen.

Beßen (Ester). Der 27jährige Zimmermann Döring aus Beßen wurde auf seiner Arbeitsstätte infolge eines Fehltrittes aus etwa 7 Meter Höhe ab. Er land auf dem Wege zum Krankenhaus.

Ensdorf. Ueberfahren und schwer verletzt wurde ein Gefährlicher von keinem eigenen Wagen. Durch Erschütterung des Wagens fiel der Beobachtere aus der Schleppe und kam unter die Räder, die ihn über beide Beine gingen.

Södlischer Unfall im Buschfeld.

Feig. Im Kofelbuschfeld bei Feisgen ereignete sich nachts ein tödlicher Unglücksfall. Entgegen strengen Verbots verließen wiederum Einmänner der benachbarten Dörfer, die nicht mehr vertrauensfähige Rode für ihren

eigenen Bedarf „abzubauen“. Dabei wurde ein Einwohner aus Aue bei Zeitz verhaftet. Er konnte erst nach mehreren Stunden als Leiche geborgen werden.

Ein Erfurter wegen Kriegerrats vor dem Reichsgericht.

Erfurt. Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann am Donnerstag ein Prozeß gegen den 42jährigen Kräftefahrer August Jäger aus Erfurt, der angeklagt ist, in der Nacht zum 14. April 1915 vor Langemack übergetreten zu sein und den Franzosen den erien an diesem Frontabschnitt geplanten deutschen Gasangriff verraten zu haben. Jäger ist in dieser Nacht tatsächlich in französische Gefangenschaft geraten. Er bestritt aber sehr entschieden, irgendwelche verräterischen Aussagen gemacht zu haben. Ein gegen ihn bereits 1920 eingeleitetes Verfahren wegen Kriegerrats mußte wegen unzureichender Beweise eingestellt werden. Die jetzige Anklage stützt sich auf das Buch eines französischen Generals, in dem gelagt wird, daß ein deutscher Ueberläufer August Jäger alle Einzelheiten des geplanten Gasangriffs mitgeteilt habe. Jäger bestrittet auch heute nie bereits vor zwölf Jahren jede Abficht eines Verrates.

Weißerfels. Vom Stadtbauamt ist beabsichtigt, die Scala unterhalb des Babenwalds nach der Leipziger Straße hin zu verlegen. Durch die Ausführung dieses Wunsches soll Platz für neues Bahngelände geschaffen werden. Etwa 100 Erwerbslose sollen hierbei beschäftigt werden.

Der Kriegerratsprozeß in Leipzig.
Verurteilung bis 9. Dezember.

Erfurt. In der Sonnabendverhandlung im Kriegerratsprozeß gegen den Kräftefahrer August Jäger aus Erfurt vor dem Reichsgericht in Leipzig gab der Sachverständige des Reichswehrministeriums sein Gutachten ab. Er betonte auf Befragen des Vorsitzenden, daß die Gesner durch den Verrat gewarnt worden seien. Sie hätten dementsprechend Maßnahmen treffen können, um sich gegen den Gasangriff nach Möglichkeit zu schützen. Vor allem sei die beabsichtigte Sprengwirkung weitest- möglich herabgemindert worden. Dies habe zur Folge gehabt, daß die Panik in den feindlichen Gräben nicht so groß wurde wie bei einer völligen Ueberfallung.

Obwohl der Vorsitzende den Angeklagten erneut darauf hinwies, daß nur er der Ueberläufer gewesen sein könne, da kein anderer Mann vom Regiment in der fraglichen Nacht vermisst worden sei, bestritt der Angeklagte, irgendwelche verdächtigen Angaben gemacht zu haben. Der Prozeß wurde dann auf Sonnabend nachmittag verlagt.

In der Nachmittagsverhandlung wurde auf Antrag der Verteidigung der Prozeß auf den 9. Dezember verlagt. Es hat sich herausgestellt, daß in dem betreffenden Frontabschnitt auch einige Bataillone gelegen haben und daß deshalb eine Namensverwechslung möglich sein könnte. Zur Aufklärung wurde der Oberstaatsanwalt beauftragt, die Kriegstagebücher dieser Bataillone herbeizuschaffen.

Wirtschaftliche Not führt zur Familientragodie. Goslar. In der Hedwigstraße bei Goslar haben der Mühlenbesitzer Krue und sein 42jähriger Sohn Gift genommen und sich erschossen. Die Frau des Mühlenbesitzers, die auf de gleiches Verbrechen hatte verurteilt werden wollen, ist im Krankenhaus verstorben. Finanzielle Schwere ist einen des Mühlenbesitzers sollen die Ursache der Verzweiflungstat sein.

Mordhandlung wegen Mord. Meie lingen. Dieser Mord zwang ein Flugzeug zwischen Euerlingen und Werellingen zu einer Notlandung. Dabei wurde das Flugzeug stark beschädigt. Die beiden Insassen blieben unverletzt.

Die Brandstiftung zugegeben. Emden. Der Oterburger Biolograf Bode, der unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden war, hat jetzt ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Er gab an, aus Not die Brände auf seinem Grundstük angelegt zu haben.

Kautschuk (Fr. Osterburg). In die Säckelmaschine geriet ein junger Landwirtsohn. Er hatte an der Säckelmaschine gearbeitet, als seine Kleider in die Zahnäder der Maschine gerieten. Er er auf seine Hilfe zu den unglücklichen Tage befreit werden konnte, hatte er bereits erhebliche Fleischwunden an der Brust erlitten. Er mußte dem Krankenhaus in Oterburg zuegeführt werden.

Unsere
Spielwaren - Ausstellung
nur Markt 3
ist eröffnet und enthält auch in diesem Jahre wieder eine ganz besonders reichhaltige Auswahl in
Spielsachen jeder Art
Alles, was Kindern Freude bereitet, vom Kleinsten bis zum Größten, finden Sie bei uns in großer Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Bitte besichtigen Sie unsere Ausstellung. Warten Sie jedoch nicht bis kurz vor dem Fest
Richard Arnold :-: Kemberg

Arbeiterwohlfahrt
Weihnachts-Lotterie - Ziehung: 20. u. 21. Dez.
135516 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von 450000 RM.
2 Hauptgewinne im Werte von je RM 20000. — = RM 40000.
2 „ „ „ „ 10000. — = RM 20000.
2 Prämien „ „ „ 5000. — = RM 10000.
2 Hauptgewinne „ „ „ 2500. — = RM 5000.
10 Gewinne „ „ „ 500. — = RM 5000.
Die beiden Prämien im Werte von je RM 5000 fallen auf den zuletzt gezogenen Gewinn in den beiden Abteilungen A und B.
Die Gewinne bestehen aus Landhäusern, Wochenendhäusern, kompletten Küchen, Nähmaschinen, Haushaltsgegenständen, Sportartikeln, aus sonstigen industriellen Erzeugnissen und aus Gutscheinen auf Waren.
Auf Wunsch werden sämtl. Gewinne mit 90% in bar ausgezahlt.
Los 50 Pfennig.

Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt

Empfehle frisch eingetroffen:
ff. Vollbrüdlinge - Sprotten
ger. Schellfisch, Schillerlocken
Fleckerlinge - Lachsheringe
Zum **Wittwoch** blutfrisch
Schellfisch Kabeljau
Goldbarsch, Fischfilet
Grüne Heringe
Richard Tempelhof

1933
Deutscher Hauskalender
Lahrer hinterender Bote
eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg

Nützliche Weihnachts-Geschenke
zu billigen Preisen!
Tafelservice (Goldrand und Blumen)
für 12 Personen von **27.50 Mark** an
Wein-, Bier-, Vitörgläser, Bowlen, Tablett
Messer - Gabeln - Löffel - Kinderbesteck - Obstmesser
Sammeltassen
Kaffee-, Milch- u. Teetassen hierzu
Kaffeeservice, Kakao- und Teeservice - Kuchenteller
Obstschalen - Eierbecher - Butter- und Käseglöden
Brotkörbe, Reissdojen, Küchengarnituren, Waschserrvice
empfiehlt
Richard Arnold :: Kemberg

Prima
Kindfleisch
und frische Flecke
empfiehlt **Heinrich Schneider**
Liebe Mutter
morgen
tommt
St. Nikolaus

- Weihnachtsmänner 3 Stk. 10 Pf.
Weihnachtsmänner 3 Stk. 26 Pf.
Kätzchen Paket nur 17 Pf.
Herzen Paket (10 Stk.) nur 37 Pf.
Hühnerhäuschen Paket nur 20 Pf.
Gelenkbräu Pf. nur 36 Pf.
Erdnüsse Pf. nur 36 Pf.
Bollm-Schokolade Pf. nur 20 Pf.
Bollm-Waffeln Pf. nur 14 Pf.
Baumleis Pf. nur 23 Pf.
Goethebüchsen 2 Bde. ca. 19 Stk. nur 35 Pf.
Gürtchen-Pennalen Pf. nur 17 Pf.
Eggschokoladenplatten Pf. nur 20 Pf.
Pfeffermüchbräu Pf. nur 13 Pf.
Cocoströden (bunt) Pf. nur 13 Pf.
Kinderleis Paket nur 28 Pf.

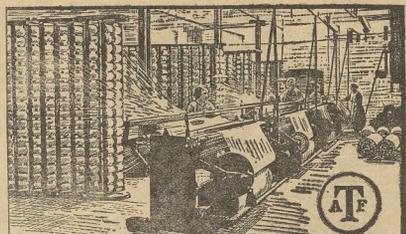
Herbert Bohrmann
Thams & Garls
Niederlage

Kanarienvöhne
hoch prämiertes Stamm, flotte
Sänger, gibt billig ab
Carl Ditmann, Wittenberg
Mauerstraße 7

Darlehen
von 300 bis 30000
Rm. Ved. u. loften-
los, Auskunst durch
Hans Kunze, Lubast 6. Kemberg
Anr. Rüpf.

Spielkarten
empfiehlt **Richard Arnold**

Frau Holle schüttelt Tag und Nacht
Und sagt: „Was war das für ne Pracht;
Die Federn flozen rings umher,
Als ob ein Stroh das Inlett wär.“
Doch seit ich schüttle **FUHLINLETT**,
Kommt keine Feder aus dem Bett.“



Für dieses hochwertige seidenartige Inlett, genannt
„Fuhlinlett“
hergestellt aus edler bis ausgesucht edelster Baumwolle,
wird für Federdichte und Farbechtheit bei sachgemäßer Be-
handlung für die Dauer der Verwendung volle Garantie
übernommen.
Die Ware ist ohne jede Füllappretur und vollständig aus-
gewaschen.
Alleinverkauf für Kemberg und Umgegend
Otto Wildau
Manufaktur-, Putz- und Modewarenhaus
An den 2 Sonntagen vor Weihnachten von 11-18 Uhr geöffnet.

M.-T.-V.
Morgen Dienstag, den
6. Dezember, abends 7/9 Uhr
im Ratstetter
Turnratsitzung
Der Vorstand

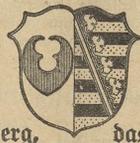
Krieger-Berein
Morgen Dienstag,
abds 7/9 Uhr im Palmbaum
Versammlung
Ergehen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand

Herzlichen Dank allen, die unserer lieben Ent-
schlafenen
Frau Friederike Rischig
die letzte Ehre erwiesen.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Robert Herrmann.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: Landmanns-Sonntagsblatt und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,15 M. durch Posten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höhere Gewalt Betriebsleistung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameweise 40 Pfg., Ausnahmestunden 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte Gewährleistung oder durch fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegzeitung: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 144

Dienstag, den 6. Dezember 1932

34. Jahrg.

Beschluß.

Die von den hiesigen Körperschaften zu Kemberg (Bez. Halle) für das Rechnungsjahr 1932 beschlossene Erhebung eines Zuschlages von 20% zur Gewerbesteuer für **Zweistellen** wird hierdurch genehmigt. Verlebung, den 23. November 1932.

Der Bezirksauschuss zu Merseburg.

Veröffentlicht:

Kemberg, den 1. Dezember 1932.

Der Magistrat.

174]

Steuerkarten-Ausgabe.

Mittwoch, den 7. Dezember (vormittags) sind die Steuerkarten für 1933 im Magistratsbüro abzugeben. Kemberg, den 2. Dezember 1932.

Der Magistrat.

173]

Das neue Kabinett

Berlin, 5. Dezember.

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsminister General der Infanterie a. D. von Schleicher zum Reichszustizminister ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt. Reichszustizminister von Schleicher ist gleichzeitig für die Geltungsdauer der Verordnung vom 20. 7. 1932 zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichszustizministers ernannte der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Bracht zum Reichsminister des Innern.

den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst Geh. Regierungsrat Dr. Srup zum Reichsarbeitsminister.

ferner beauftragte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichszustizministers Reichsminister Freiherrn von Neutath in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen.

den Reichsminister Graf Schönerlin von Krosigk als Reichsminister der Finanzen,

den Reichsminister Dr. Gürtner als Reichsminister der Justiz,

den Reichsminister Freiherr von Ehl-Rübenach als Reichspost- und Reichsreformminister,

den Reichsminister Dr. Warmbold als Reichswirtschaftsminister,

den Reichsminister Freiherrn von Braun als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,

sowie den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Außerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindefürsers Landrat a. D. Dr. Gerde zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Die Veröffentlichung über die Ernennung des neuen Kabinetts hat sich länger als erwartet hinausgezogen. Der Grund dieser Verzögerung lag darin, daß Reichszustizminister von Schleicher von vornherein die Einheitslichkeit der Wirtschaft, und Agrarpolitik sicherstellen wollte. Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold und Reichsreformminister Freiherr von Braun nahmen daher miteinander Stellung, um sich über die Grundlinien der Wirtschaftspolitik des neuen Kabinetts auszusprechen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Verhandlungen waren denn auch in einer ersten, auch vom Rundfunk verbreiteten Mitteilung über die Ernennung des Kabinetts beide Ministerien noch offen. Inzwischen ist dann, wie man aus der Wiederbetätigung beider Minister schließen kann, die Verabredung geclückt.

Im übrigen enthält die amtliche Mitteilung einige bemerkenswerte Einzelheiten. Da ist zunächst die Nuance zu unterstreichen, daß Reichszustizminister von Schleicher nicht zum Reichsreformminister wiedernannt sondern „bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt“ worden ist. Der Reichspräsident hat die von ihm gewählte Form für die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums offenbar vor allem deshalb vorgezogen, weil er Wert darauf legt, die Führung der Reichswirtschaft möglichst, von der Vollkraft frei zu halten, in die Generalverwaltung von Schleicher als Chef des Kabinetts natürlich härter hineingestellt ist. Die „Beauftragung bis auf weiteres“ läßt dem Reichspräsidenten die Möglichkeit offen, um seine Entscheidung über die endgültige Belegung des Reichswirtschaftsministeriums in sorgfältiger Überlegung zu treffen. In absehbarer Zeit freilich erwartet man in unterrichteten Kreisen noch keine Veränderung für das Wirtschaftsministerium.

Serner ist in der amtlichen Mitteilung interessant, daß

die Bestellung des neuen Reichszustizministers zum Reichskommissar für das Land Preußen mit dem Vermerk versehen wird, „für die Dauer der Verordnung vom 20. 7. 1932“. Darin kommt wohl zum Ausdruck, daß diese Verordnung keineswegs etwas Neues und Unabänderliches ist.

Sie hat ja von vornherein auf mehr eine Art Ubergangscharakter gehabt. Am ganzen läßt sich also nach dem oben Gesagten feststellen, daß das neue Kabinett in erster Linie auf die Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben abgestellt ist, und die innenpolitischen Dinge, die in den letzten Monaten zu scharfen Kämpfen geführt haben, dahinter zurücktreten.

Die starke Betonung der wirtschaftlichen Aufgaben kommt übrigens auch in der Schaffung des Amtes eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung zum Ausdruck.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Wiederernennung des bisherigen Außenministers der Wille zum politischen Fortschritt erkennbar ist. In der Tat ist die Fortführung der bisherigen Außenpolitik ja aus den ganzen Zusammenhängen heraus auch nur natürlich.

Reichsarbeitsminister Dr. Srup

Der neue Reichsarbeitsminister Friedrich Srup wurde am 9. Oktober 1881 in Nücham (Hannover) geboren. Nach Besuch des Realgymnasiums in Hannover und bestandener Reifeprüfung studierte er zunächst Maschinenbau und machte das Diplomingenieurexamen. Dann studierte er Jura, promovierte zum Doktor juris, wurde Referendar in der preussischen Generalstaatsanwaltschaft, später Gewerberat und im Jahre 1918 Vortragender Rat und Gehelmer Regierungsrat im preussischen Handelsministerium. Nach einer vorübergehenden Beurlaubung zum Demobilisationsministerium erfolgte 1919 sein Eintritt in den Reichsdienst, in dem er seit 1920 als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, seit 1927 als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig ist. Am 16. Juli 1932 wurde Dr. Srup alsdann noch zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Der Kommissar für Arbeitsbeschaffung

Dr. Gerde, der das neu geschaffene Amt eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung übernommen, wurde 1898 auf Altrietgen (Kreis Delfisch) geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und kam dann zur Regierung in Potsdam als Regierungsdirektor. Als Kriegsvolontär trat er bei Ausbruch des Weltkrieges in das Heer ein. Im Laufe des Krieges wurde er mehrfach schwer verwundet. Im April 1919 wurde er zum Landrat seines Heimatkreises Orgau gewählt, betätigte sich seitdem politisch und trat 1919 als deputationsmäßiger Abgeordneter in den Provinziallandtag der Provinz Sachsen ein. Wegen seiner nationalsozialistischen Einstellung wurde er trotz heftigen Widerspruches der ganzen Kreisbevölkerung nach drei Jahren seiner Stellung entlassen und an die Regierung Hannover versetzt. Er nahm jedoch daraufhin keinen Anstoß an der Verweisung auf den Dienstort Orgau. Dem

Rundgebung des scheidenden Kanzlers

Die Mitglieder des alten Reichsministeriums verlämmelten sich zu einer letzten Sitzung, in der Reichszustizminister von Papen sich von seinen Mitarbeitern verabschiedete und die Minister, die im Kabinett verblieben, hat er, in der gleichen Weise, wie es ihm gegenüber der Fall gewesen ist, auch mit seinem Freunde und Nachfolger, Herrn von Schleicher, zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Als Dienstfaktoren widmete Reichsminister von Neutath dem scheidenden Kanzler Worte des Abschiedes, der dann die Beamten und Angestellten der Reichsanstalt seinem Nachfolger vorstellte.

Nach seiner letzten Kabinettsitzung veröffentlichte der scheidende Kanzler folgende Rundgebung:

„In dem Augenblick, wo ich das Kanzleramt, in das mich das Vertrauen des Reichspräsidenten berufen hat, an meinen Nachfolger abgebe, liegt es mir am Herzen, allen Freunden im Lande zu danken, die in den verflochtenen sechs Monaten die Arbeit der Reichsregierung und die Wiedergewinnung unserer inneren und äußeren Freiheit, um die Grundlegung eines neuen und besseren konstitutionellen Lebens, um autoritäre Staatsführung gegen Parteiherrschaft, um Arbeit und Brot für alle unterstützt haben.“

Seine Arbeit hatte nur das Ziel, dem Zusammenbruch aller wahrhaft vaterländischen Kräfte zu zielen. In ihm liegt die Zukunft der Nation beschlossen, der wir alle heißen Verzeugs dienen.“

Kämpfen wir weiter „Mit Hindenburg für das neue Deutschland.“

Neues Nein Herriots

Der französische Abfertigungsplan soll vor der Beilegung der Gleichberechtigungfrage diskutiert werden! (Paris, 5. Dezember.)

Die französische Abfertigungsdelegation scheint ihre negative Haltung auch in den neuen Befriedigungen in Genf fortsetzen zu wollen. Wie man von unterrichteter Seite hört, hat der französische Ministerpräsident Herriot in Genf erklärt, die Delegation Frankreichs sei dagegen, daß die Gleichberechtigungsforderung jetzt am Anfang geregelt werde. Diese Forderung würde das Ziel der Konferenz sein. Ihre Lösung würde aber nicht als Vorbedingung für weitere Verhandlungen gemacht werden. Frankreich könne von seinem Standpunkt in der Gleichberechtigungsforderung, wie er in dem französischen „konstitutionellen“ Plan entwickelt worden ist, nicht abgehen. Die Gleichberechtigungsforderung stehe in „unlösbarer Zusammenhang mit der Schaffung eines europäischen Sicherheitsplans“. Die französische Delegation widerstehe sich auch etwaigen Plänen zur Verlagerung der Abfertigungsabfertigung und bestche darauf, daß der französische Abfertigungs- und Sicherheitsplan vor der Konferenz diskutiert werde.

Befriedigt werden diese Mitteilungen durch eine Auslastung der Haas-Agentur, in der für den Stillstand in Genf Deutschland verantwortlich gemacht wird, wogegen die französische Delegation die Frist bereits habe, um einen vollständigen Plan vorzubringen. Uebrigens habe, so heißt es in der Haas-Erklärung weiter, die Konferenz selbst in dieser Frage Stellung genommen, denn in ihrer Resolution vom 23. Juli habe sie beschlossen, für die zweite Phase ihrer Arbeiten die Fragen der Gleichberechtigung und der Sicherheit zu behandeln. Es wäre also „völlig unangemessen und unloyal, jetzt das Problem der Gleichberechtigung aus dem Konferenzprogramm herauszunehmen, um es unermäßig zu verzögern, ohne daß Frankreich die Möglichkeit habe, gleichzeitig die Organisierung der Sicherheit als Gegenleistung zu fordern“. Keinesfalls könne davon die Rede sein, Deutschland zu ermächtigen, wieder aufzutreten. Eine derartige Lösung würde in der Tat dem Ziel der Abfertigungsabfertigung völlig zuwiderlaufen. Bezüglich der Mächte, die den Verfallter Vertrag unterzeichnet haben, meint die Haas-Agentur, seien befugt, Deutschland zu ermächtigen, den Stand seiner Klüftungen zu ändern, worauf sie hinzielt, Herriot und Paul-Boncour beabsichtigen nicht, im Verlaufe ihrer nächsten Verhandlungen in Genf hiervon abzugehen.

Das ist eine Erklärung, die von den weiteren Verhandlungen in Genf sehr wenig erhoffen läßt.

Aus englischen Kreisen hört man, daß MacDonald in besserer Erkenntnis der Sachlage nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß entscheidend für den Erfolg der Genfer Abfertigung die Wiederherstellung Deutschlands ist. So wird denn auch von englischer Seite ganz offen zugegeben, daß jetzt eine äußerliche Anstrengung unternommen werden müsse, um die Rückkehr Deutschlands zu sichern.

In amerikanischen Kreisen soll trotz aller Gegenheiten, wie sie erneut in Erscheinung getreten sind, eine gewisse Zuversicht vorherrschen.

Ein neuer Landwirtschaftsführer

Berlin, 3. Dezember.

Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsarates wählte an Stelle des zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannten Regierungspräsidenten Dr. Dr. Rütiger den Direktor der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Regierungspräsident a. D. Graf von Baumbillin, zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied.



minister des Innern Freiherrn von Brauch und dem Reichsarbeitsminister Schaffer in persönlichen Handschreiben Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste zum Ausdruck gebracht.